

Asien und der Westen, Aufstieg und Niedergang

Weede, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weede, E. (1996). Asien und der Westen, Aufstieg und Niedergang. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 335-347). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140625>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Asien und der Westen, Aufstieg und Niedergang

Erich Weede

1. Problemstellung

Unser europäisches Mittelalter war eigentlich eine Ära chinesischer Überlegenheit (Collins 1986, S. 65; Jones 1988, S. 73–84; McNeill 1963; 1982, S. 24). Nur ein Beispiel: Europa hat die Pro-Kopf-Produktion an Eisen von Sung-China erst ca. 600 Jahre später erreicht. Diese Zeit der chinesischen Suprematie war durch zwei für die chinesische Geschichte eher ungewöhnliche Merkmale gekennzeichnet: 1. Es gab eine kulturelle Vielfalt und lebhaftige Konkurrenz zwischen dem aus Indien stammenden Buddhismus, dem heimischen Daoismus und dem »staats-tragenden« Konfuzianismus, wobei die buddhistischen Klöster *in verfolgungs-freien Perioden* wichtige Wirtschaftszentren waren, wobei der Konfuzianismus auch nicht die erdrückende Dominanz späterer Perioden hatte. 2. Es gab ein Viel-staatensystem in Ostasien, in dem Sung-China mit militärisch gleichwertigen und am Ende überlegenen Rivalen konkurrieren mußte (Rossabi 1983). Nach der erneuten Reichseinigung und der Befreiung von der mongolischen Fremdherrschaft setzte dann ab der einheimischen Ming-Dynastie ein langsamer Abstieg Chinas ein.

Mao Zedong konnte den Niedergang Chinas nicht aufhalten; Deng Xiaoping hat es geschafft, indem er einen »schleichenden Kapitalismus« eingeführt hat. Trendextrapolationen sind zwar gefährlich, können aber wichtige Denkanstöße vermitteln. Wenn man mechanisch die gegenwärtigen Wachstumstrends extrapoliert (vgl. *The Economist* 1993; Kristof 1993; Overholt 1993), dann könnte ein hypothetisches Großchina, das neben der Volksrepublik auch Hongkong und Taiwan umfaßte, schon im Jahre 2002 und die Volksrepublik *allein* im Jahre 2010 das Bruttoinlandsprodukt der USA erwirtschaften. Wenn man die Trendextrapolation munter weitertreibt, dann wird man irgendwann Mitte des 21. Jahrhunderts feststellen, daß auch ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der USA *und*

der Europäischen Union nicht mehr ausreicht, um einen größeren Markt als China zu behalten.

Natürlich gibt es auch Szenarien, wonach nicht China, sondern Japan die wirtschaftliche Supermacht der Zukunft ist. Für 1992 schreibt die World Bank (1994, S. 220-221) den Japanern kaufkraftbereinigt 87, den Chinesen 9% des amerikanischen Pro-Kopf-Produkts zu. Der 10:1-Vorsprung der Japaner gegenüber den Chinesen wird sich aber nicht halten lassen, wenn die chinesische Wirtschaft auch weiterhin (vgl. World Bank 1994, S. 162-165), wie seit 1980, *mindestens* doppelt so schnell wie die japanische wächst. Sehr bald wird der fast 10:1-Vorsprung der Chinesen über die Japaner bei der Bevölkerungszahl dafür sorgen, daß der chinesische Markt an Größe den japanischen übertrifft. Wahrscheinlich ist China schon 1993 die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt geworden. Natürlich wird Japan, wie die USA oder Westeuropa, auch Mitte des 21. Jahrhunderts noch deutlich höhere Pro-Kopf-Einkommen als China haben, aber das beeinflußt nur die Lebensqualität der Individuen und nicht das machtpolitische Gewicht.

Japan und China sind die beiden ökonomischen Riesen Ostasiens, China und Indien die Bevölkerungsriesen des Kontinents. Verglichen mit den ostasiatischen Ländern ist die indische Wirtschaft seit der Unabhängigkeit recht langsam gewachsen, wofür ein in den USA lehrender Ökonom indischer Herkunft »Fabian politics and English economics« (Bhagwati 1993, S. 21) verantwortlich macht, also eine umverteilungs- und gerechtigkeitsorientierte statt wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik. Indien ist zwar noch nicht der Magnet für ausländisches Investitionskapital wie China, aber das Land liberalisiert und dereguliert seine Wirtschaft, und in der Software-Branche wird Bangalore in Südindien vielleicht ein Standort von globaler Bedeutung (The Economist 1994). Abschreiben sollte man Indien also nicht.

Mit China, Japan und vielleicht später Indien sieht sich der Westen großen Herausforderungen gegenüber. Das könnte und würde sich verstärken, wenn es auch in Asien zu Freihandelszonen käme, vor allem solchen, die mehr als einen der großen Drei umfassen. Der oben schon zitierte Ökonom Bhagwati (1993, S. 95 ff.) jedenfalls versucht, den Japanern klar zu machen, daß eine engere wirtschaftliche Kooperation mit Indien eher im japanischen nationalen Interesse liege als beispielsweise die Finanzierung amerikanischer Militäreinsätze zur Befreiung Kuwaits.

Wie schnell sich das Verhältnis von Europa zu Asien ändern kann, zeigen am deutlichsten die beiden Stadtstaaten Singapur und Hongkong. Vor 50 Jahren (1945) waren das noch japanisch besetzte Außenposten des britischen Weltreichs und bitterarme Städte. Heute übertreffen die Einkommen in Hongkong

kaufkraftbereinigt die der Briten und in Singapur sind sie praktisch identisch (World Bank 1994, S. 221). Wenn auch Gesellschaften subkontinentaler Größe wie China oder Indien ähnliche Erfolge erzielen sollten, ergibt sich eine andere Welt. Damit stellen sich die Fragen, warum konnte der Westen jemals die asiatischen Hochkulturen, vor allem China, überholen, warum holen diese Gesellschaften den Westen jetzt wieder ein? Werden sie den Westen überholen?

2. Der Aufstieg des Westens und die Stagnation Asiens

Seit dem Mittelalter unterscheiden sich China und der Westen, d.h. zunächst nur Westeuropa, später Westeuropa *und* seine überseeischen Tochtergesellschaften, vor allem in politischer Hinsicht. Vom 14. Jahrhundert bis Anfang des 20. Jahrhunderts ist China unter den Ming- und Mandschu-Dynastien ein einheitliches Großreich gewesen, während Europa immer aus einer Vielzahl miteinander konkurrierender politischer Einheiten bestand. Die zwischenstaatliche Rivalität hat Europa viele Kriege und damit verbundenes Leid beschert, aber *auch* dazu geführt, daß die Willkürherrschaft der Obrigkeiten in Europa früher und stärker als in China eingeschränkt wurde (vgl. Jones 1981; Weede 1990; 1966; Yang 1987). Chinesische Händler oder Bauern konnten dem Herrschaftsbereich ihres Kaisers und seiner Beamten nicht entkommen. Europäische Kaufleute konnten die Gebiete besonders räuberischer Fürsten umgehen. Europäische Bauern konnten ihren Herren entlaufen und in autonomen Städten, die es nur im Westen, nicht in China gab, Zuflucht finden. Die Existenz eines Systems konkurrierender Fürstentümer oder Staaten in Europa ist Vorläufer und Hintergrundbedingung der Gewaltenteilung, der Begrenzung obrigkeitlicher Willkür, der Respektierung der Eigentumsrechte von Kaufleuten und Produzenten. Die Existenz eines einheitlichen Reiches in China gestattete stattdessen obrigkeitliche Willkür, die Mißachtung der Eigentumsrechte vieler Bauern und eine ausgeprägte Neigung der kaiserlichen Beamten, die Kaufleute zu belasten und zu schikanieren.

Die politischen und eigentumsrechtlichen Unterschiede zwischen Europa und China sind aus vier Gründen so bedeutsam: Erstens vermittelte das größere Ausmaß der Respektierung der Eigentumsrechte im Westen den Produzenten und Kaufleuten bessere Arbeitsanreize als in China. Zweitens bedeutet das größere Ausmaß der Respektierung der Eigentumsrechte von Produzenten und Kaufleuten in Europa als in China, daß die alltäglichen wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse in Europa breiter gestreut und weiter unten in der Gesellschaft als in China angesiedelt waren. Das hat es dem Westen erlaubt, das

in einer Vielzahl von Köpfen dezentralisiert vorhandene Wissen mit positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum zu nutzen (von Hayek 1960). Der chinesische Zentralismus hat das Wissen allzu vieler Untertanen praktisch entwertet.

Drittens bedeutete die politische Zersplitterung Europas bzw. des Westens, daß westliche Herrscher durch politische Fehlentscheidungen nicht die gesamte westliche Zivilisation in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung behindern konnten, sondern nur einzelne Länder, die in Bezug auf die Größe nicht mit China, sondern eher mit chinesischen Provinzen vergleichbar sind. Der französische Absolutismus und Merkantilismus konnte weder die Entwicklung Hollands noch Englands beeinträchtigen. Aber der chinesische Hof konnte im 15. Jahrhundert durchsetzen, daß der Überseehandel und der Bau hochseetüchtiger Schiffe verboten wurde. Kein europäischer Herrscher hätte für den gesamten Westen eine Entscheidung ähnlicher Tragweite fällen können. Die Zersplitterung des Westens hat also das Gewicht *politischer Fehlentscheidungen* reduziert, die Einheit Chinas das Gewicht politischer Fehlentscheidungen maximiert. Die europäische Vielfalt ließ viel Raum für Innovationen, die politische Einheit Chinas wenig.

Viertens hat die politische Zersplitterung Europas dazu beigetragen, daß sich im Westen viel eher als in China flexible Knappheitspreise anstelle der traditionellen oder »gerechten« Preise durchsetzen konnten. Denn der Handel zwischen voneinander unabhängigen und oft miteinander rivalisierenden Staaten schwächte in Europa die Fähigkeit der fragmentierten Obrigkeit, traditionelle Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen. Der chinesische Zentralstaat dagegen konnte im Namen der Harmonie viel stärker als westliche Herrscher die Effizienz der Ressourcenallokation behindern.

Ein Vergleich der westlichen mit der chinesischen Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrhunderte zeigt also vier Vorteile des Westens gegenüber China, die alle nicht ohne die politische Zersplitterung Europas oder des Westens denkbar gewesen wären: bessere Arbeitsanreize durch von oben anerkannte Eigentumsrechte der Untertanen, die ja erst im Laufe der Zeit auch Bürger wurden; bessere Nutzung des Humankapitals und Wissens; weniger Gewicht politischer Fehlentscheidungen und mehr Innovation von unten; Effizienzsteigerung durch Knappheitspreise. Im Laufe der Jahrhunderte haben die Vorzüge des Westens dazu geführt, daß der Westen China einholen und überholen konnte.

Der Westen hat China nicht nur wirtschaftlich, sondern auch wissenschaftlich und technologisch überholt. Die Wurzeln des europäischen Erfolges sind letztlich dieselben in Wirtschaft und Wissenschaft.¹ Die Begrenzung der Willkürmacht politischer – und natürlich auch religiöser – Instanzen durch politische Fragmentierung hat Raum zum Experimentieren, für Innovation und unor-

thodoxe Forschung geschaffen. Europäische Märkte konnten schlechte Produkte zurückweisen und innovative Unternehmer belohnen. Europäische Wissenschaftler konnten Theorien sogar dann falsifizieren und zurückweisen, wenn diese sich königlicher, kirchlicher oder amtlicher Gunst erfreuten, denn keine dieser Instanzen hat lange den ganzen Westen effektiv beherrscht. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist der wissenschaftliche Fortschritt selbst zur Quelle des wirtschaftlichen Wachstums geworden (Kuznets 1966; Maddison 1982; Rosenberg and Birdzell 1986).

Japan ähnelte in mancher Beziehung Westeuropa, in mancher dem benachbarten China. Wie die chinesischen Kaiser im 15. Jahrhundert hat auch die japanische Regierung des 17. Jahrhunderts den Bau hochseetüchtiger Schiffe verboten und den Handel mit den Europäern sehr stark beschränkt (Kennedy 1987, S. 14-15). Diese isolationistische Politik hat Japan die Anregungen aus interkulturellen Kontakten weitgehend vorenthalten. Aber das Land hatte Glück: Kurz vor der Abkapselung hat es noch holländische Pumpen und als Anbaupflanzen Rohrzucker, Süßkartoffeln und Mais eingeführt (Jones 1988, S. 155). Trotz der Vorherrschaft des Shoguns war Japan aber kein einheitlich regiertes Reich (Tominaga 1989, S. 173; 1990, S. 43). Denn die anderen Fürsten blieben in ihren Territorien weitgehend autonom. Nach Jones (1988, S. 165) ging die Einigung Japans gerade weit genug, um einen einheitlichen Markt mit Skalenerträgen zu schaffen, aber der Wettbewerb unter den Fürstentümern blieb als Fortschrittsantrieb erhalten.

Tokugawa-Japan zeichnete sich durch zweierlei aus: erstens durch ein ungewöhnliches Bildungsniveau, zweitens durch eine ungewöhnliche Penetration des Alltagslebens durch die öffentlichen Verwaltungen (Hall 1964, S. 27). Man kann, wie Weber (1923/1981) oder Collins (1986), in einer schreibfähigen Administration eine Hintergrundbedingung von Recht und Ordnung und damit letztlich von wirtschaftlicher Entwicklung sehen. Darüber hinaus sollte man auch auf die Inhalte der Wirtschaftspolitik achten, wie sie Produktionsanreize und Transaktionskosten beeinflussen. In Tokugawa-Japan wurden viele Wettbewerbsschranken abgebaut (Jones 1988, S. 162-164). Viele Zollgrenzen wurden abgeschafft. Gildenmonopole wurden gebrochen. Der Binnenhandel wurde freier. Die Regierung standardisierte Maße und Münzen, was Transaktionskosten senkt, den Markt vergrößert, damit nach Smith (1776/1990) mehr Arbeitsteilung und Produktivitätsgewinne erlaubt. Das alles ist dafür verantwortlich, daß Japan nach Auffassung mancher Wirtschaftshistoriker (Jones 1988, S. 36, 158) schon vor der Meiji-Restauration einen ähnlichen Lebensstandard wie die damalige westliche Führungsmacht Großbritannien hatte.

Gerade weil meine Erklärungsskizze für die divergierende Entwicklung in

Europa und Asien soviel Gewicht auf die Variable politische Einheit vs. politische Fragmentierung legt, sind noch einige Anmerkungen zu Indien notwendig. Zwischen der Maurya- und der Moghul-Dynastie gab es Jahrhunderte politischer Fragmentierung in Indien, allerdings nie so etwas Ähnliches wie ein stabiles Staatensystem mit über die Jahrhunderte hinweg als Staaten überlebenden Mitspielern, wie England, Frankreich, Spanien, Portugal, den Niederlanden, der Schweiz oder (mit stark variierenden Grenzen) Österreich in Europa. Die unterschiedliche Lebenserwartung westlicher und indischer Fürstentümer kann zu dem verkürzten und Eigentumsrechte mißachtenden Kalkulationshorizont indischer Fürsten beigetragen haben (Hall 1985). Außerdem möchte ich mich im indischen stärker als im chinesischen Fall direkt an Weber (1921/1978) orientieren. Dann sind als Fortschrittshemmnisse in Indien zu nennen: 1. die mit dem Kastensystem verbundene ritualistische und fortschrittsfeindliche Arbeitsteilung, 2. die politischen Schwäche der indischen Städte und Kaufleute, die sowohl mit dem Kastensystem als auch mit den dagegen ursprünglich protestierenden heterodoxen Lehren der Jaina und Buddhisten zusammenhängt. Das Kastensystem entwarfnet ja alle, die nicht Kriegerkasten angehören. Das allgemeine Tötungsverbot von Jaina und Buddhisten hat zeitweise zur Entwarfnetzung indischer Kaufleute und Städte beigetragen.

Wenn man die eben gegebene Erklärungsskizze auf eine einfache – zwar nicht hinreichende, aber m.E. dominante – Kausalkette reduzieren will, dann sieht das so aus: Wettbewerb der politischen Obrigkeiten und militärische Bedeutung des einfachen (nicht-adeligen) Volkes (Andreski 1968) stärken die Eigentumsrechte von Händlern und Produzenten und reduzieren das Ausmaß der von oben verordneten Wettbewerbsbehinderungen. Gesicherte Eigentumsrechte und Wettbewerb fördern die wirtschaftliche Entwicklung.

3. Der Niedergang des Westens und der Aufstieg Ostasiens

Aus Platzgründen kann ich den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung und Demokratie im Westen nicht behandeln und will nur andeuten, warum ich den Kapitalismus für eine notwendige Voraussetzung für die Demokratie halte: 1. Nur der Kapitalismus produziert den Wohlstand, der Gesellschaften demokratisch regierbar werden läßt (vgl. Berger 1993; Lipset 1994). 2. Nur der Kapitalismus kann abgewählten Politikern lukrative Karrieren jenseits der Politik bieten und damit die Anreize zur Machterhaltung um jeden Preis reduzieren. Aber die demokratischen Industriegesellschaften des Westens

treiben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts alle – mehr oder weniger ausgeprägt – eine Politik, die garantiert, daß die Zukunft den Asiaten gehört, daß das Zwischenspiel der Vorherrschaft des Westens in der Welt ein rasches Ende findet – zuerst wirtschaftlich und ein oder zwei Jahrzehnte später auch militärisch.

Nach Angaben der Weltbank (World Bank 1994, S. 163) sind die 23 Volkswirtschaften mit einem Bruttosozialprodukt *pro Kopf* von 1992 mehr als 12.000 US-Dollar seit 1980 um durchschnittlich 2,3% gewachsen. Nach der Wachstumsgeschwindigkeit (*pro Kopf*) nehmen die drei ostasiatischen Mitglieder dieser Wohlstandselite die ersten drei Plätze ein: 1. Hongkong, 2. Singapur, 3. Japan. Von den Vereinigten Arabischen Emiraten mit negativen Wachstumsraten abgesehen gehören alle anderen Länder dieser Gruppe (einschließlich Israels) kulturell zum Westen. Das größte westliche Land, die USA, hat genau wie Frankreich seit 1980 durchschnittlich ein Wachstum von 1,7%, Deutschland und Großbritannien erreichen 2,4%, aber das größte fernöstliche Land, Japan, 3,6%. In den weniger entwickelten asiatischen Volkswirtschaften sind die Wachstumsraten deutlich besser als im Westen: Südkorea 8,5%, Volksrepublik China 7,6%, Thailand 6,0%, Indonesien 4%. Natürlich gibt es auch in Ostasien Problemländer. Aber seitdem auch Indien mit 3,1% bessere *Pro-Kopf*-Wachstumsraten als alle westlichen Industriegesellschaften mit Ausnahme des kleinen Irland (3,4%) erzielt, läßt sich das Aufholen und – wie Japan, Hongkong und Singapur illustrieren – ansatzweise das Überholen Europas durch Asien nicht mehr leugnen. Die Erklärung des schwindenden Abstandes kann entweder bei der relativen Stagnation des Westens oder bei der Dynamik des Fernen Ostens ansetzen.

Die unstrittigste Hypothese geht von den Vorteilen der Rückständigkeit aus (Gerschenkron 1962, 1. Kapitel; Maddison 1969, S. XXIII). Die Akzeptanz dieser Hypothese verspricht den noch armen Ländern Ostasiens schnelles Wachstum und nimmt dem Westen die Angst überholt zu werden. Die Hypothese läßt sich einleuchtend begründen, weil die Übernahme fortschrittlicher Technologien von höher entwickelten Gesellschaften leichter als die Erfindung neuer Technologien ist, weil rückständige Länder auch mehr Gelegenheit zur Reallokation von relativ unproduktiver Arbeit aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftsbereiche haben. Außerdem läßt sich die These in international vergleichenden Studien empirisch stützen (z.B. Dollar 1992; World Bank 1993, S. 51).

Es gibt aber auch andere Erklärungsansätze, die im Gegensatz zum erstgenannten grundsätzlich nicht nur zur Erklärung des Einholens, sondern auch zu der des Überholens beitragen können. Nach Olson (1985) lassen demokratische Gesellschaften Verteilungskonkurrenzen zuviel Freiraum bei der Einschränkung des Wettbewerbs und dem Versuch, Renten statt normaler Erträge für den Ein-

satz von Produktionsfaktoren zu erzielen. Das behindert die Effizienz der Ressourcenallokation, weil die Preise künstliche statt echter Knappheiten signalisieren und beeinträchtigt die Innovationen. Nach Olson ist deshalb zu erwarten, daß die zunehmende Anfälligkeit für Rent-Seeking² die Demokratien und andere jahrzehntelang stabile politische Systeme³ immer stärker in die Stagnation treibt. Auch zu dieser Hypothese gibt es international vergleichende und stützende quantitative Studien (z.B. Bernholz 1986; Lane and Errson 1986; Weede 1991), die allerdings von Japan abgesehen asiatische Länder nicht in die Analyse einbeziehen und Olsons Hypothese unter m.E. *erschwerenden* Bedingungen prüfen, nämlich bei der Frage, ob sie auch zur Erklärung innerwestlicher Unterschiede beitragen kann.

Mindestens so umstritten wie Olsons These dürfte die Auffassung sein, daß der Wohlfahrtsstaat eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bedingt. Das läßt sich begründen mit der Abschwächung der Arbeitsanreize, den Anreizen für unproduktive, aber steuervermeidende Investitionen, allgemein den Anreizen, in Verteilungskämpfe statt in Produktverbesserung zu investieren, in der mit progressiver Besteuerung verbundenen zusätzlichen Innovations scheu. Auch für diese Hypothese lassen sich stützende quantitative Studien anführen (z.B. Bernholz 1986; Landau 1983; Pampel Williamson 1989; Weede 1991, wo auch erläutert wird, wie manche »abweichenden Befunde« zustande kommen).

Die prokapitalistische Tendenz meiner Ausführungen zusammen mit der Gegenüberstellung ostasiatischer Erfolge und westlicher Stagnation legt den Einwand mannigfaltiger und offenbar nicht nachhaltig wachstumsbehindernder Staatseingriffe in Japan, Südkorea, Taiwan oder Singapur nahe. Die Tatsache von de facto oft investitionslenkenden Staatseingriffen will ich nicht leugnen. Aber selbst in Japan waren sie nicht immer erfolgreich, weder in der Chemie-, noch in der Flugzeug-, noch in der Software-Industrie (Porter 1990, S. 414). Außerdem sind japanische Administrationen und Staatseingriffe weniger wettbewerbsfeindlich als westliche (Porter 1990, S. 417-421; Samuels 1994, S. 51). Auch in Südkorea und Taiwan hat die Orientierung am Weltmarkterfolg als Kriterium für die Weitergewährung von staatlichen Vergünstigungen die Unternehmen nicht vom Wettbewerbsdruck befreit (World Bank 1993, S. 355). Die m.W. gründlichste Kritik an »kapitalistischen« Erklärungen für die ostasiatischen Wirtschaftswunderländer (Wade 1990, S. 55) hat sogar zugegeben, daß der Arbeitsmarkt in Taiwan, dem Schwerpunkt seiner Studien und in einem Land, das die japanischen Wachstumsraten *regelmäßig und deutlich übertroffen* hat, dem Lehrbuchmodell eines freien Marktes nahekommt. Welcher Markt hat für die wirtschaftliche Entwicklung auch nur annähernd die Bedeutung des Arbeitsmarktes?

Solange China sozialistische Zielsetzungen noch ernst nahm, waren wirtschaftspolitische Fehler häufig. Der »große Sprung nach Vorn« Ende der 50er Jahre hat vielleicht 40 Millionen Menschen verhungern lassen (Domes und Nähn 1992, S. 46).

Erst das dritte Comeback von Deng Xiaoping hat eine rationale Wirtschaftspolitik eingeleitet (vgl. Dittmer 1994; *The Economist* 1992; Kristof 1993; Overholt 1993). Die Reform begann auf dem Lande, wo mindestens drei Viertel aller Chinesen lebten und arbeiteten, wo Armut und Not am größten waren. Die Verfügungsrechte an Land wurden von Volkskommunen und Arbeitskollektiven auf Individuen, Familien oder kleine Gruppen oft miteinander verwandter Familien übertragen. Der Lebensstandard der Familien wurde wieder von ihrem Arbeitseinsatz abhängig, weshalb auf den Feldern mehr gearbeitet wurde. Bäuerlicher Sachverstand konnte wieder beeinflussen, was wann und wo angebaut wurde. Die Preise wurden z.T. freigegeben, z.T. gelockert, so daß die Bedürfnisse der Konsumenten langsam bedeutender und die Vorstellungen der Planer langsam unbedeutender wurden. In den frühen Achtziger Jahren kam es deshalb zu einem chinesischen Wirtschaftswunder. Die ländlichen Einkommen haben sich in 8 Jahren ungefähr verdreifacht.

Die frühen Reformen Dengs haben sich auf die Landwirtschaft konzentriert. Später wurde die Reformpolitik auf die Industrie und den Dienstleistungsbereich ausgeweitet. Die Gründung privater Betriebe wurde erlaubt. Außerdem haben viele Dörfer, Städte oder ländliche Regionen – oft unter Führung kommunistischer Kader – Betriebe aufgebaut, die zwar keine Privatbetriebe westlichen Zuschnitts sind, aber in ihrer Dynamik eher westlichen Betrieben als sowjetischen oder chinesischen Industriegiganten unter Leitung des Zentralstaats ähneln. Betriebe unter lokaler statt zentraler politischer Kontrolle können nämlich nicht dem Wettbewerb entkommen. Sie können weder Arbeits- und Absatzmärkte auf Dauer wirksam abschotten, noch können sie in Absprache mit zentralen politischen Instanzen Preise diktieren oder diktieren lassen. Konkurrierende Textilfabriken in benachbarten Dörfern oder Städten müssen sich so verhalten, als ob sie kapitalistische Betriebe wären, selbst wenn sie von Kadern geleitet werden.

Die schleichende »Privatisierung« der chinesischen Industrie und Dienstleistungsbetriebe beruht nicht in erster Linie auf der Privatisierung bestehender Betriebe, sondern auf der Neugründung von Betrieben. Dabei spielen ausländisches Kapital und Know-how eine wichtige Rolle – vor allem auslandschinesisches Kapital aus Hongkong, Taiwan und Südostasien. In der an Hongkong angrenzenden Provinz Guangdong arbeiten viel mehr Menschen für Hongkonger »Kapitalisten« als in Hongkong selbst. Aber das chinesische Wirtschaftswun-

der ist nicht auf den Süden oder auch nur auf die Küste beschränkt. Es strahlt weit ins Inland aus, bis hin in den äußersten Nordwesten des Landes.

4. Abschließende Überlegungen

Zum Schluß möchte ich meine Erklärung und Prognose des Aufstiegs Ostasiens und des Niedergangs des Westens in drei Thesen zusammenfassen: 1. Der Westen ist groß geworden, weil er eher als die asiatischen Hochkulturen mehr Menschen, die *nicht* der herrschenden Klasse (eher im Sinne von Mosca oder Dahrendorf als von Marx zu verstehen) angehören, individuelle Entscheidungsfreiheit und Innovationsmöglichkeiten überlassen hat. 2. Der Westen wird wieder klein, weil er zunehmend individuelle, beispielsweise unternehmerische, Entscheidungen durch politische Entscheidungen unter dem Einfluß von Verteilungskonkordien ersetzt, weil der Wohlfahrtsstaat notwendigerweise das Sozialkapital von Gesellschaften reduziert, »indem er die Menschen zu unvorsichtigem Handeln verleitet. ... Der Wohlfahrtsstaat kann nie so reformiert werden, daß er gleichzeitig die Menschen zur Arbeit ermuntert und ihnen einen anständigen Lebensunterhalt vermittelt, wenn sie es nicht tun« (Frum 1994, S. 28/29, meine Übersetzung). Kein Wunder, daß der Westen bei dem Versuch scheitert, das Unmögliche zu realisieren. In Asien dagegen treibt die bei Weber (1923/1981, S. 240) erwähnte Hungerpeitsche die Menschen noch an. 3. Letzten Endes ist der Westen immer noch in einer Akzeptanzkrise des Kapitalismus, die sich 1848 im Kommunistischen Manifest besonders folgenreich artikuliert, die aber auch noch andauert, weil die Leistungsfähigkeit der unsichtbaren Hand des Marktes systematisch unterschätzt und die der potentiell alles erdrückenden Hand des Staates systematisch überschätzt wird. Die Volksrepublik China führt seit 1979 die Substanz des Kapitalismus, wenn auch nicht das dazugehörige Etikett, ein und wächst und wächst. Im Westen reicht der sozialdemokratische Konsens, im Kern das Postulat des Primats der Politik über die Privatwirtschaft, bis weit in sog. konservative Parteien hinein. Der Ausgang des Wettlaufs zwischen dem schleichenden Kapitalismus Ostasiens – Japan *und* China sind heute liberaler als vor 10 oder 15 Jahren, wenn auch noch lange nicht so liberal wie der Westen – und dem schleichenden Sozialismus des Westens wird unser Schicksal bestimmen.

Nach Adam Smith (1976/1990) besteht die Leistung des Marktes vor allem auch darin, daß er die Marktteilnehmer zwingt, im Interesse anderer Menschen, der kaufkräftigen Nachfrager, zu handeln. Der Markt ist also auch ein partielles

Substitut für Altruismus. Aber er erzeugt immer auch Verlierer, die ein Interesse an politischer statt marktmäßiger Einkommenszuweisung entwickeln müssen. Sogar die Frühjahrsdemonstrationen in Peking, die am 4. Juni 1989 zum Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens führten, lassen sich u.a. auch als Protest gegen den Kapitalismus und die in China damit einhergehende Korruption interpretieren (vgl. Chan 1991, S. 125). Träger der Marktfeindlichkeit sind im Fernen Osten wie im Westen oft die Intellektuellen oder die Kulturberufe (vgl. Scheuch 1991, S. 37). In allen schnell wachsenden ostasiatischen Volkswirtschaften – Indien gehört nicht dazu! – ist der Kapitalismus *vor* der Demokratie durchgesetzt worden, oft lange vorher. Er hat dann in manchen Ländern die Voraussetzungen für die Demokratie geschaffen. Aber es ist immerhin denkbar, daß die westliche Demokratie mit ihrem Umverteilungszwang, der m.E. (Weede 1990, S. 161/162) allerdings *nicht* zur Egalisierung der Einkommensverteilung beiträgt, gleichzeitig den wirtschaftlichen Niedergang des Westens betreibt und sich wider Willen auch noch selbst gefährdet, indem sie ihre Existenzvoraussetzungen angreift: Kapitalismus und dadurch erzeugten Wohlstand.

Anmerkungen

- 1 Marktfreiheit und Wissenschaftsfreiheit hängen nicht nur wegen ihrer gemeinsamen politischen Voraussetzungen zusammen, sondern auch wegen der gemeinsamen philosophischen Fundierung, die auf Entscheidungsfreiheit, Fehlbarkeit und Kritik beruht, die die Überlegenheit einer spontanen über eine geplante Ordnung behauptet (Albert 1986; Popper 1935/1969; von Hayek 1971; Radnitzky 1987).
- 2 Olson (1985) verwendet diesen Terminus nicht, entwickelt aber m.E. eine spezifische Variante der Theorie der Rent-Seeking Society (vgl. dazu Weede 1990, oder Tullock 1993).
- 3 Vgl. Murrell and Olson (1991) zur Stagnation im kommunistischen Osteuropa.

Literatur

- Albert, Hans (1986), *Freiheit und Ordnung*. Tübingen.
 Andreski, Stanislaw (1968), *Military Organization and Society*. Stanford.
 Berger, Peter L. (1993), *The Uncertain Triumph of Democratic Capitalism*. In: Larry Diamond/Marc F. Plattner (Hg.): *Capitalism, Socialism, and Democracy Revisited*. Baltimore.

- Bernholz, Peter (1986), Growth of Government, Economic Growth and Individual Freedom, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 142: 661-683.
- Bhagwati, Jagdish N. (1993), *India in Transition: Freeing the Economy*. Oxford.
- Chan, Anita (1991), The Social Origins and Consequences of the Tiananmen Crisis. In: David S. G. Goodman/Gerald Segal (Hg.): *China in the Nineties*. Oxford.
- Collins, Randall (1986), *Weberian Sociological Theory*. Cambridge.
- Dittmer, Lowell (1994), *China Under Reform*. Boulder, Col.
- Dollar, David (1992), Outward-oriented Developing Economies Really Do Grow More Rapidly: Evidence from 95 LDCs. In: *Economic Development and Cultural Change* 40(3): 523-544.
- Domes, Jürgen und Marie-Luise Näth (1992), *Geschichte der Volksrepublik China*. Mannheim.
- Economist, The (1992), Survey: When China Wakes. In: *The Economist*, vol. 325, no. 7787, November 28th.
- (1993), Survey: Asia. A billion consumers. In: *The Economist*, vol. 329, no. 7835, October 30th.
- (1994), India's businesses: Blinking in the sunlight. In: *The Economist*, vol. 331, no. 7858, April 9th: 76-78.
- Frum, David (1994), It's Big Government, Stupid. In: *Commentary* 97(6): 27-31.
- Gerschenkron, Alexander (1962), *Economic Backwardness in Historical Perspective*. Cambridge, Mass.
- Hall, John A. (1985), *Powers and Liberties. The Causes and Consequences of the Rise of the West*. Berkeley.
- Hall, John W. (1964), The Nature of Traditional Society: Japan. In: Robert E. Ward/Dankwart A. Rustow (Hg.): *Political Modernization in Japan and Turkey*. Princeton.
- von Hayek, Friedrich August (1971), *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen.
- Jones, Eric L. (1981), *The European Miracle*. Cambridge.
- (1988), *Growth Recurring*. Oxford.
- Kennedy, Paul (1987), *The Rise and Fall of the Great Powers*. New York.
- Kristof, Nicholas D. (1993), The Rise of China, in: *Foreign Affairs* 72(5): 59-74.
- Kuznets, Simon (1966), *Modern Economic Growth*. New Haven, Conn.
- Landau, Daniel (1983), Government Expenditure and Economic Growth. In: *Southern Economic Journal* 49: 783-792.
- Lane, Jan-Erik and Svante Errson (1986), Political Institutions, Public Policy and Economic Growth. In: *Scandinavian Political Studies* 9: 19-34.
- Lipset, Seymour M. (1994), The Social Requisites of Democracy Revisited. In: *American Sociological Review* 59(1): 1-22.
- Maddison, Angus (1969), *Economic Growth in Japan and the USSR*. London.
- (1982), *Phases of Capitalist Development*. Oxford.
- McNeill, William H. (1963), *The Rise of the West. A History of the Human Community*. Chicago.
- (1982), *The Pursuit of Power: Technology, Armed Force, and Society since A.D. 1000*. Chicago.

- Murrell, Peter and Mancur Olson (1991), The Devolution of Centrally Planned Economies, in: *Journal of Comparative Economics* 15: 239-265.
- Olson, Mancur (1985), *Aufstieg und Niedergang von Nationen*. Tübingen.
- Overholt, William H. (1993), *The Rise of China*. New York.
- Pampel, Fred C. and John B. Williamson (1989), *Age, Class, Politics, and the Welfare State*. Cambridge.
- Popper, Karl R. (1969 [1935]), *Die Logik der Forschung*. Tübingen.
- Porter, Michael E. (1990), *The Competitive Advantage of Nations*. New York.
- Radnitzky, Gerard (1987), An Economic Theory of the Rise of Civilization and Its Policy Implications. In: *Ordo* 38: 47-90.
- Rosenberg, Nathan and L. E. Birdzell (1986), *How the West Grew Rich*. New York.
- Rossabi, Morris (ed.) (1983), *China Among Equals. The Middle Kingdom and Its Neighbors, 10th-14th Centuries*. Berkeley.
- Samuels, Richard J. (1994), *Rich Nation, Strong Army*. Ithaca, N.Y.
- Scheuch, Erwin K. (1991), *Muß Sozialismus mißlingen?* Asendorf.
- Smith, Adam (1776/1990), *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. (Dt.) *Der Wohlstand der Nationen*. München.
- Tominaga, Ken'ichi (1989), Some Comparative Observations on Modernization of Social Structure Between China and Japan. In: W. Klenner (Hg.): *Trends of Economic Development in East Asia*. Heidelberg.
- (1990), *Modernisierung und Wandel der Werte in Japan*. In: Brunhilde Scheuringer (Hg.): *Wertorientierung und Zweckrationalität*. Opladen.
- Tullock, Gordon (1993), *Rent Seeking*. Aldershot, England.
- Wade, Robert (1990), *Governing the Market*. Princeton.
- Weber, Max (1921/1978), *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. 2. Band. Tübingen.
- (1923/1981), *Wirtschaftsgeschichte*. Tübingen.
- Weede, Erich (1990), *Wirtschaft, Staat und Gesellschaft*. Tübingen.
- (1991), The impact of state power on economic growth rates in OECD countries. In: *Quality and Quantity* 25: 421-438.
- (1996), *Economic Development, Social Order, and World Politics*. Boulder, Col.
- World Bank (1993), *The East Asian Miracle*. New York.
- (1994), *World Development Report*. New York.
- Yang, Tai-Shuenn (1987), *Property Rights and Constitutional Order in Imperial China*. Bloomington: Ph.D. Dissertation, Indiana University.